

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Stefan Ziller (GRÜNE)

vom 24. Februar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Februar 2026)

zum Thema:

Verkehrsberuhigung und Verkehrskonzept Münsterberger Weg/Kaulsdorf

und **Antwort** vom 9. März 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. März 2026)

Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Herrn Abgeordneten Stefan Ziller (GRÜNE)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25314
vom 24. Februar 2026
über Verkehrsberuhigung und Verkehrskonzept Münsterberger Weg/Kaulsdorf

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft (zum Teil) Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin um Stellungnahme gebeten. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Wie beurteilt der Senat das Verkehrsaufkommen im Gebiet Münsterberger Weg, Myslowitzer Straße sowie Planitzstraße in Kaulsdorf, insbesondere angesichts der Nachverdichtung im Münsterberger Wegs 91-95?

Antwort zu 1:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin teilt hierzu mit:

„Das Verkehrsaufkommen hat sich durch die Bebauung mit Wohnraum – bestehend aus 18 Reihen- und Doppelhäusern sowie sieben Mehrfamilienhäusern – erwartungsgemäß erhöht.“

Bei einer derartigen Nachverdichtung sind keine gesamtstädtischen verkehrlichen Belange betroffen.

Frage 2:

Welchen Stand hat in diesem Zusammenhang die Erarbeitung des den Bürger*innen im Vorfeld zugesagten Verkehrskonzepts für die Myslowitzer und umliegende Straßen?

Antwort zu 2:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin teilt hierzu mit:

„Das durch die BUWAG erarbeitete Verkehrskonzept wurde umgesetzt. Es sieht vor, den ruhenden Verkehr auf dem Gelände unterirdisch zu verorten. Auch die Wünsche der Bürgerinitiative wurden berücksichtigt: Durchfahrten wurden begrenzt oder vollständig gesperrt, sodass das Quartier nur für Anwohnende und Dienstleister befahrbar ist.“

Frage 3:

Welche Zusagen an die Nachbarschaft im Rahmen der Nachverdichtung im Münsterberger Wegs 91-95 und des Nachbarschaftsdialoges sind noch nicht umgesetzt, sollen aber noch umgesetzt werden?

Antwort zu 3:

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin teilt hierzu mit:

„Die Parkplatzsituation ist ein Thema, das die Nachbarschaft stark beschäftigt. Ein erstes Grobkonzept des Straßen- und Grünflächenamtes sieht die Schaffung von ca. 40 Parkplätzen vor; die Finanzierung ist jedoch noch in Klärung. Durch den geplanten Bau wird eine klarere Abgrenzung des Straßenraums sowie eine geregelte Verkehrsführung geschaffen, was für alle Verkehrsteilnehmenden von Vorteil ist. Auch zur Schulwegsproblematik werden Gespräche mit dem Straßen- und Grünflächenamt geführt, um sichere Querungen zu ermöglichen.“

Frage 4:

Welche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sind geplant, um die Verkehrssicherheit für den Fußverkehr und Fahrradfahrende im benannten Gebiet zu verbessern und für die Anwohnenden die Belastungen durch das gestiegene Verkehrsaufkommen zu reduzieren?

Frage 5:

Wie ist der Stand der Prüfung der Einrichtung einer Gehwegvorstreckung für die Planitzer Straße, die von der FGÜ-Runde der Senatsverwaltung erfolgen sollte (BVV-Drucksache 2733/IX)?

Antwort zu 4 und 5:

Die Fragen 4 und 5 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin teilt hierzu mit:

„Aufgrund der großen Anzahl an Standortvorschlägen muss eine bedarfsorientierte Priorisierung erfolgen. Ziel ist es, eine den verfügbaren Ressourcen entsprechende, prüfbare Anzahl an Standortvorschlägen festzulegen, die dann in der AG Querungshilfen behandelt werden kann. Da dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, kann voraussichtlich erst Mitte des Jahres eine Aussage getroffen werden, ob der hier genannte Standortvorschlag in diesem Jahr behandelt werden kann.“

Berlin, den 09.03.2026

In Vertretung

Arne Herz
Senatsverwaltung für
Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt